

Die Linke Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen in Berlin e.V.

Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 030/24009-289
Telefax: 030/24009-260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Deutsche Bank
DE86 1007 0848 0525 6078
02 DEUTDEDB110

Antworten DIE LINKE Berlin auf Ihren Wahlprüfstein zur AGH-Wahl 2026

Berlin, den 25.08.2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mit dem von Ihnen erarbeiteten Wahlkompass einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung in Berlin leisten!

Im Folgenden finden Sie die Antworten von Die Linke Berlin auf Ihre Fragen.

*1. Finanzierung und Planungssicherheit für die Berliner Volkshochschulen
Wahlprogramm der Linken: „Wir wollen deshalb die vielfältigen Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung weiter bedarfsgerecht ausfinanzieren. Das betrifft sowohl die Angebote der Berliner Volkshochschulen, von freien Trägern sowie die landesgeförderte Stiftung Grundbildung. Ziel ist es, das Thema zu enttabuisieren und niedrigschwellige Zugänge zu eröffnen.“*

Frage:

Wie werden Sie konkret eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung der Berliner Volkshochschulen sicherstellen, damit diese ihre Bildungsangebote langfristig planen und in allen Bezirken in guter Qualität vorhalten können?

Antwort:

Die Linke Berlin setzt sich auf Landes- und Bundesebene für die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Angebote durch die Berliner

Volkshochschulen ein. Dazu gehört für uns eine verlässliche Finanzierung im Rahmen der Bezirkshaushalte, abgesichert durch den Landeshaushalt sowie regelmäßige Anpassungen an gestiegene Personal- und Sachkosten.

Insbesondere die aus Landesmitteln finanzierten Sprachkurse für Geflüchtete wollen wir ausbauen, um dem Bedarf tatsächlich gerecht zu werden. Weitere Kooperationen und Fördermöglichkeiten, etwa von Gesundheitskursen durch die Krankenkassen, wollen wir stärken.

2. Stellung der Erwachsenenbildung im Berliner Bildungssystem

Wahlprogramm der Linken: „Wir wollen deshalb die vielfältigen Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung weiter bedarfsgerecht ausfinanzieren. Das betrifft sowohl die Angebote der Berliner Volkshochschulen, von freien Trägern sowie die landesgeförderte Stiftung Grundbildung. Ziel ist es, das Thema zu enttabuisieren und niedrigschwellige Zugänge zu eröffnen.“

Frage:

Welche Bedeutung messen Sie der Erwachsenenbildung und speziell den Berliner Volkshochschulen im Berliner Bildungssystem bei?

Was tun Sie konkret, um das Grundbildungsangebot der Berliner Volkshochschulen zu unterstützen und auszubauen?

Antwort:

Die Erwachsenenbildung hat für uns zentrale gesamtgesellschaftliche Bedeutung u.a. in den Bereichen der Bildungs-, Kultur-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Inklusions- und Integrationspolitik. Die Volkshochschulen sorgen für ein flächendeckendes Bildungsangebot der Grundbildung, der allgemeinen, sprachlichen, kulturellen, gesundheitlichen, digitalen, politischen Bildung, Berufsorientierung in den Bezirken. Die Angebote haben Integration und Inklusion zum Ziel (§7 EBiG).

Die Volkshochschulen sind zentrale Anbieter von Grundbildung in den Bezirken.

3. Beschäftigungsbedingungen und Rechtssicherheit, Folgen des sog. Herrenberg-Urteils

*Wahlprogramm der Linken: „Die Dozent*innen an den Berliner Musik- und Volkshochschulen brauchen sichere berufliche Perspektiven und die Verantwortlichen in den Bezirken Rechtssicherheit. Deshalb wollen wir den bisher freiberuflich beschäftigten Kolleg*innen ein Einstellungsangebot machen, ohne Neubewerbung. Dafür muss das Land den Bezirken die entsprechende Finanzierung bereitstellen. Auch für diejenigen, die weiterhin ohne Festanstellung tätig sein wollen, müssen ausgehend von der*

*auf Bundesebene geplanten Neuregelung auf Landesebene rechtssicherere Lösungen gefunden werden. Die Dozent*innenvertretungen sowie die zuständigen Gewerkschaften wollen wir eng in den Prozess einbeziehen.“*

Frage:

Welche VHS-Lehrkräfte sollen eine Festanstellung bekommen? Wie stellt man sie ein, wie viel verdienen sie, Haushaltsmittel in welcher Höhe sehen Sie vor? Wie soll der Status von „frei freien“ Honorarkräften gesichert werden? Was soll arbeitnehmerähnliche gegenüber den freien Honorarkräften auszeichnen?

Antwort:

Die Dozent*innen an den Berliner Musik- und Volkshochschulen brauchen sichere berufliche Perspektiven und die Verantwortlichen in den Bezirken Rechtssicherheit. Deshalb wollen wir den bisher freiberuflich beschäftigten Kolleg*innen ein Einstellungsangebot machen, ohne Neubewerbung. Dafür muss das Land den Bezirken die entsprechende Finanzierung bereitstellen. Auch für diejenigen, die weiterhin ohne Festanstellung tätig sein wollen, müssen ausgehend von der auf Bundesebene geplanten Neuregelung auf Landesebene rechtssicherere Lösungen gefunden werden. Die Dozent*innenvertretungen sowie die zuständigen Gewerkschaften wollen wir eng in den Prozess einbeziehen.

*4. Bessere Rahmenbedingungen in allen Berliner Volkshochschulen
Hierzu konnten wir in Ihrem Wahlprogramm keine Aussagen finden.*

Frage:

Setzen Sie sich für landesweite Mindeststandards bei Ausstattung, Barrierefreiheit, Digitalisierung und personellen Ressourcen der Berliner Volkshochschulen ein, um in allen Bezirken vergleichbare Bildungsbedingungen zu fördern?

Antwort:

Ja, hierzu wollen wir das Erwachsenenbildungsgesetz weiterentwickeln und bezirksübergreifend Mindeststandards, etwa bei der Ausstattung, Digitalisierung, Personal, Angebot, Barrierefreiheit definieren.

*5. Digitale Bildung und digitale Teilhabe als Aufgabe der Berliner VHS
Wahlprogramm der Linken: „Schon heute wird digitale Teilhabe vielerorts gelebt: Öffentliche Bibliotheken stellen Computer, Internet und Serviceangebote bereit, Stadtteilzentren bieten digitale Sprechstunden, und zahlreiche Ehrenamtliche unterstützen Senior*innen, Geflüchtete oder Familien beim Einstieg in die digitale Welt. Auch Volkshochschulen und*

zivilgesellschaftliche Initiativen leisten wichtige Arbeit, um digitale Kompetenzen zu vermitteln und Hürden abzubauen. Diese Orte bilden das Fundament einer solidarischen Digitalgesellschaft und müssen langfristig gefördert und besser ausgestattet werden.

*Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden ausschließt und einen modernen, leistungsfähigen Staat stärkt, der Bürger*innen auf allen Wegen erreicht – digital und persönlich. Verwaltung, Bildung, Kultur und soziale Angebote müssen sowohl online als auch vor Ort zugänglich sein, mit klaren Ansprechpartnerinnen und barrierefreien Lösungen. Besonders Kinder und Jugendliche aus armutsbetroffenen Familien sowie Menschen, die von Rentenarmut betroffen sind, brauchen gezielte Unterstützung: Zugang zu Geräten, stabile Internetverbindungen, Lernorte und persönliche Hilfsangebote, damit sie ihre Chancen auf Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung wahrnehmen können.“*

Frage:

Wie werden Sie die digitale Bildung an den Berliner Volkshochschulen konkret unterstützen? Wie werden Sie sicherstellen, dass die Volkshochschulen den Herausforderungen von Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz für die Bildung gewachsen sind?

Antwort:

Wir wollen die Digitalisierungsstrategie der Volkshochschulen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Online-Plattformen, Weiterqualifizierung des Personals, Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsentwicklung und Qualitätsmanagement strukturiert umsetzen und Angebote, etwa in der digitalen Grundbildung, KI und digitale Souveränität, bedarfsgerecht weiterentwickeln. Hierzu braucht es zusätzliche Investitionen und Haushaltsmittel.

*6. Soziale Zugänglichkeit der Angebote der Berliner Volkshochschulen
Hierzu konnten wir in Ihrem Wahlprogramm keine Aussagen finden.*

Frage:

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Angebote der Volkshochschulen für Menschen mit geringem Einkommen oder besonderem Unterstützungsbedarf möglichst niedrigschwellig zugänglicher zu machen?

Antwort:

Die Angebote der VHS müssen räumlich, zeitlich und finanziell für alle erreichbar sein.

Inklusive Angebote, etwa in leichter Sprache, ohne vorherige Anmeldung wie den VHS-Treff, Sprachcafé oder Null-Euro-Kurse, wollen wir in ihrer Vielfalt stärken. Ermäßigungen für Kursgebühren wollen wir beibehalten.

Barrierefreiheit (baulich und digital) wollen wir ausbauen.

7. Beitrag der Volkshochschulen zur Weiterbildung, Integration und Fachkräftesicherung

In Ihrem Wahlprogramm werden die Volkshochschulen bei diesen Themen nicht erwähnt.

Frage:

Werden Sie die Berliner Volkshochschulen (und nicht nur freie Träger) künftig in Förderprogramme zur Weiterbildung, beruflichen Neuorientierung, Integration und Fachkräftesicherung einbeziehen? Wenn ja, wie soll das geschehen?

Antwort:

Für uns sind die Berliner Volkshochschulen zentrale Akteurinnen der Weiterbildung, Qualifizierung und Fachkräftesicherung. Ob digitale Kompetenzen, Integration, Sprachbildung, Zweiter Bildungsweg oder Karriereplanung, diese Angebote der Volkshochschulen müssen im Netzwerk der Weiter- und Erwachsenenbildung, Qualifizierung und Berufsorientierung bekannter gemacht werden. Wir wollen, dass die Senatsverwaltungen und Bezirksämter, die Jobcenter, Beratungsstellen etc. hierfür eine zentrale Rolle einnehmen und auf die Angebote der Volkshochschulen aufmerksam machen.

8. Demokratiebildung und gesellschaftliche Teilhabe

In Ihrem Wahlprogramm werden die Volkshochschulen bei diesen Themen nicht erwähnt.

Frage:

Welche Rolle messen Sie den Berliner Volkshochschulen in der politischen Bildung und bei der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe zu und wie wollen Sie diese Rolle unterstützen?

Antwort:

Die Berliner Volkshochschulen sind zentrale Orte der Demokratiebildung und bieten ein vielfältiges, niedrigschwelliges Programm zu Demokratie, Geschichte, Kultur, Ehrenamt, Bildungszeit und zivilgesellschaftlichem Engagement. Wir wollen diese Angebote niedrigschwellig ausbauen, über Stadtteilzentren, Bibliotheken, Mehrgenerationenhäuser und dabei verschiedene Communities und Zielgruppen ansprechen, u.a. Bildungsbenachteiligte, Menschen mit wenig Einkommen und mit Behinderung.

Ziel ist es, politische Entscheidungsfähigkeit und demokratische Diskussionskultur gemeinsam im Netzwerk mit anderen Partner*innen zu

stärken.

9. Perspektive für die kommende Legislaturperiode

Frage:

Welche ganz konkreten Ziele verfolgen Sie für die Weiterentwicklung der Berliner Volkshochschulen in der kommenden Legislaturperiode, insbesondere im Hinblick auf Angebotsvielfalt, Erreichbarkeit und Zukunftsfähigkeit? Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, wenn Sie in Regierungsverantwortung kommen?

Antwort:

Das Erwachsenenbildungsgesetz muss in der kommenden Legislatur weiterentwickelt werden. Aktuell werden ein Kulturfördergesetz (inkl. einer Säule kulturelle Bildung) und ein Demokratiefördergesetz diskutiert, in denen auch die Erwachsenenbildung mitgedacht werden muss.

Eine Novellierung des Erwachsenenbildungsgesetzes soll Mindeststandards (Personal, Ausstattung, Digitalisierung, Barrierefreiheit) in den Bezirken und Stadtteilen definieren, die ausfinanziert werden müssen. Eine entsprechende Beteiligung der Volkshochschulen an diesem Zukunftsprozess muss sichergestellt werden.

Solidarische Grüße

Die Linke Berlin